

27
—
85

Union in Deutschland

Bonn, den 12. September 1985

Helmut Kohl

Die Wende in der deutschen Politik hat stattgefunden

Die Einbringung des Bundesetats für das Jahr 1986 gibt selbstverständlich — und das entspricht der Tradition des Hohen Hauses — Gelegenheit zu einer Generalaussprache oder, wie es vielleicht auch manche verstehen könnten, zu einer Generalabrechnung mit der Politik der Bundesregierung, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag.

Der Kanzler fügte hinzu: Ich finde es verständlich, wenn man den Etat 1986 berät, jeder von uns auch daran denkt, daß wir am Ende des Etatjahres schon unmittelbar vor der Bundestagswahl im Januar 1987 stehen.

Ich bin insofern als ein aufmerksamer Zuhörer des gestrigen und heutigen Tages enttäuscht, daß die Sprecher der Opposition, insbesondere auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, eigentlich keine neuen Anregungen vorgebracht haben. Am heutigen Morgen habe ich die Schlußpassage des Sprechers der GRÜNEN als bemerkenswert empfunden, die

Ifo: Wende in der Beschäftigung

Die Industrie in der Bundesrepublik wird nach Erwartungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im nächsten Jahr 130 000 Menschen mehr beschäftigen als im Jahr 1984. Nach einer Umfrage bei 379 Betrieben nannte Ifo die Entwicklung „Wende in der Industriebeschäftigung“.

Wieder mehr offene Stellen

- Die Kurzarbeiterzahl ist von 1,2 Millionen auf etwa 100 000 im Juli dieses Jahres abgebaut worden.
- Das Angebot an offenen Stellen nimmt wieder zu.
- 750 000 junge Menschen werden in diesem Jahr einen Ausbildungssitz erhalten. Das sind 100 000 mehr als 1982.
- Die Beschäftigtenzahl steigt wieder an.

(Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)

Norbert Blüm: Jetzt einstellen

Nach dem „Gipfel“ Kohl/Breit fordert Arbeitsminister Blüm die Arbeitgeber auf: „In vielen Betrieben ist die Ertragslage glänzend. Jetzt muß eingestellt werden!“

deutlich gemacht hat, was eigentlich die politische Absicht für den Januar 1987 ist.

Ich bin dankbar, daß das hier im Plenum des Deutschen Bundestages einmal so offen ausgesprochen wurde; denn, meine Damen und Herren, die Wähler in der Bundesrepublik müssen wissen, was es heißt, wenn es zu einem rot-grünen Bündnis kommt.

Ich fand es schon ganz bemerkenswert, daß Sie als der erste Sprecher der Opposition in der Generaldebatte den wichtigen Fragen der Außen- und der Sicherheitspolitik ein solch geringes Gewicht beigegeben haben. Das mag auch seinen Grund darin haben, daß eben in dieser Frage Ihre Partei so zerstritten ist, wie in wenigen anderen Fragen. Auch das ist ein Punkt.

Nun, meine Damen und Herren, selbstverständlich ist es notwendig, in dieser Debatte über diese Themen zu sprechen; denn im Ost-West-Verhältnis sind im Jahre 1985 — das gilt ganz gewiß auch für das kommende Jahr 1986 — Entwicklungen in Gang gekommen — oder sie werden noch in Gang kommen —, die weitreichende Folgen haben können. Ich hoffe, positive Folgen auch für die Menschen in Deutschland, für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Am 19. und am 20. November 1985 werden sich Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Genf treffen. Die intensiven Vorbereitungen von beiden Seiten beweisen, daß beide Seiten einen Erfolg dieses Treffens wünschen, und wir wünschen diesen Erfolg auch.

Die Bundesregierung und nicht zuletzt ich selbst haben seit meiner Amtsübernahme immer wieder für eine solche Begegnung geworben. Ich habe das schon damals zur Zeit des Generalsekretärs Andropow angeregt, und wir haben in der Zwischenzeit unsere Möglichkeiten genutzt — ich betone das —, um einen Beitrag zu leisten, daß dieses Treffen zustande kommt.

Ich glaube, es ist wichtig, daß neben den beiden unmittelbar beteiligten Regierungen auch die anderen, die jeweils befreundeten Regierungen in diesem Sinne wirken.

Das war unter anderem auch ein wichtiger Gesprächsgegenstand meiner kürzlichen Besprechung mit Staatspräsident Mitterrand. In diesem Sinne werde ich auch noch im Herbst — vermutlich im Oktober — bei meinem Zusammentreffen mit Präsident Reagan in Washington versuchen zu wirken.

Wir, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, erwarten von diesem Gipfel Impulse und Weichenstellungen in den für uns ganz zentralen Fragen der Sicherheit und des Dialogs zwischen Ost und West. Es muß einmal mehr der Versuch unternommen werden, die Beziehungen der beiden Weltmächte neu zu gestalten mit dem Ziel, weltweite Friedenspolitik einzuleiten, einen Beitrag zum Abbau des Wettrüstens zu leisten und damit eine größere Chance für die Verständigung und die Zusammenarbeit unter den Völkern zu schaffen.

Ich bin zuversichtlich, daß am Ende dieses jetzt beginnenden Prozesses eine Klärung der Beziehungen zwischen den Weltmächten möglich sein wird.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher globaler Friedensdialog nicht ohne die aktive Teilnahme auch der mittleren und kleineren Staaten Europas zum Erfolg führen kann. Ein Ergebnis dieses Gipfels muß nach unserer Überzeugung sein, daß das Gespräch aller — und das gilt gerade hier in Europa — mit allen erleichtert wird.

Wir haben mit großem Interesse zu Kenntnis genommen, daß die sowjetische Führung zunehmend dem Verhältnis zu Westeuropa Aufmerksamkeit schenkt und den Beziehungen mit den westeuropäischen Staaten ein größeres Gewicht beizumessen möchte. Auch von institution-

lisierten Kontakten etwa zwischen der EG und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist die Rede.

Aber wer von einem gemeinsamen europäischen Haus spricht, muß allen das gleiche Wohnrecht in diesem Haus einräumen und aller Interessen berücksichtigen. Er muß auch den eigenen Verbündeten die Möglichkeit geben, ihre Beziehungen zu den anderen, zu den westeuropäischen Staaten voll zu entfalten.

Beziehungen mit der DDR haben sich positiv entwickelt

In diesem Sinne haben sich unsere Beziehungen mit der DDR weiterhin positiv entwickelt. Unsere Deutschlandpolitik hatte Erfolg, weil sie klar, berechenbar und pragmatisch war und ist. Wir werden diese Politik geduldig fortsetzen. Keine der Propheteiungen aus dem Lager der Sozialdemokratie — etwa die von der neuen Eiszeit — ist in der Zwischenzeit eingetreten.

Das ist ja ein Stück Ihres Verdrusses. Es ist auch ein Stück Ihrer Unfähigkeit, zuzugeben, daß wir auf diesem Feld besondere Erfolg hatten, wenn Sie dieses Thema überhaupt totschweigen.

Gerade weil wir es als eine vorrangige Aufgabe ansehen, für die Menschen im geteilten Deutschland soviel wie möglich zu erreichen, sind Augenmaß und Ausgewogenheit erforderlich.

Generalsekretär Honecker hat sich anlässlich der Eröffnung der Leipziger Messe am 1. September optimistisch über die Entwicklungsmöglichkeiten in den deutsch-deutschen Beziehungen geäußert. Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung. Seit diesem Frühjahr konnten wir spürbare Verbesserungen erreichen. Die Vereinbarungen von Anfang Juli über den Swing und vom 15. August über die Grunderneuerung einer Autobahnteilstrecke enthalten auch für die Zukunft ausgesprochen positive Elemente.

Die Zahl der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland hat deutlich zugenommen. Der Jugendaustausch in Ost-West-Richtung konnte wieder aufgenommen werden. Wir wünschen uns, daß möglichst viele junge Mitbürger aus der Bundesrepublik in die DDR reisen und damit einen sehr eigenen Eindruck von der Wirklichkeit und vom Alltag in der Deutschen Demokratischen Republik gewinnen.

Im Bereich des Umweltschutzes kommen die Gespräche gut voran. Ich bin zuversichtlich, daß wir eine gute Chance haben, bei den Verhandlungen über das Kulturabkommen noch in diesem Jahr zu einem Abschluß zu kommen.

Das alles, Herr Abgeordneter Vogel, sind großartige Ergebnisse einer nüchternen, illusionsfreien, pragmatischen Politik. Sie sollten das endlich anerkennen.

Meine Begegnung mit Generalsekretär Honecker am 12. März in Moskau hat einmal mehr in diese Beziehungen Bewegung gebracht. Ich glaube, wir dürfen sagen: Dies alles ist zum Nutzen für die Menschen in Deutschland.

Fragen der Sicherheit spielen verständlicherweise in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Weltmächte und ihrer Verbündeten eine zentrale Rolle. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht zulassen, gerade wir in einem geteilten Land, daß die Ost-West-Beziehungen auf die Probleme der Sicherheit, so wichtig sie sind, verkürzt werden. Solange sich die politischen Beziehungen nicht entwickeln, solange werden nach meiner festen Überzeugung auch keine wirklichen Fortschritte in der Rüstungskontrolle und in der Abrüstung erreicht.

Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um den Genfer Abrüstungsverhandlungen zu einem Erfolg zu verhelfen.

Unser Interesse ist es, daß die nuklearen Offensivwaffen im interkontinental-strategischen und im Mittelstreckenbereich drastisch reduziert werden.

Unser Interesse ist, Wettrüsten auch im Weltall zu verhindern.

Entscheidung über SDI noch nicht getroffen

Lassen Sie mich, weil dies hier anklang, auch ein kurzes Wort zur Frage einer strategischen Verteidigung sagen. Wie ich bereits in meiner Regierungserklärung am 18. April hier im Hohen Haus angekündigt habe, bereist in diesen Tagen eine Delegation aus Regierungsvertretern, Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft die USA.

Diese Delegation hat keinen Verhandlungsauftrag. Es geht in dieser Phase um die Aufbereitung und Vervollständigung unserer Entscheidungsgrundlagen in der Frage wissenschaftlich-technologischer Zusammenarbeit zwischen deutschen Unternehmen und öffentlichen und privaten amerikanischen Auftraggebern.

Es geht darum, Material für die Entscheidung zu sammeln, ob für eine solche Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene Rahmenbedingungen festgelegt werden müssen und können und wie solche Bedingungen gegebenenfalls aussehen könnten.

Es geht auch darum — ich will auch das hier deutlich sagen —, sicherzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland als Industrieland und als exportabhängige Nation nicht von dem dynamischen technologischen Entwicklungsprozeß der westlichen Welt abgekoppelt wird.

Die politische und strategische Entscheidung über die amerikanische Verteidigungsinitiative ist damit noch keineswegs getroffen, und sie kann erst dann getroffen werden, wenn wir abschließend

angesichts aller Unterlagen entscheiden können. Sie wird erst möglich sein, wenn die entsprechenden amerikanischen Forschungsergebnisse vorliegen und sorgfältige und enge Bündniskonsultationen über diese für die Allianz insgesamt lebenswichtige Frage stattgefunden haben. Eine automatische Folge von Forschung, Entwicklung und Stationierung gibt es nicht.

Die Entscheidung über eine strategische Verteidigungsinitiative wird sich maßgeblich auch daran orientieren müssen, ob die von mir immer wieder, zuletzt in der Regierungserklärung vom 18. April, genannten Bedingungen erfüllt werden können.

Wir bleiben überzeugt, daß drastische Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffenpotentialen zwangsläufig Notwendigkeit und Umfang strategischer Verteidigungssysteme beeinflussen. Solche Reduzierungen haben für die voraussehbare Zukunft für uns Vorrang.

Wir unterstützen selbstverständlich EUREKA

Lassen Sie mich auch das gleich hinzufügen: Wir unterstützen selbstverständlich — es ist ja frühzeitig mit uns abgesprochen worden — das von der Französischen Republik vorgeschlagene Forschungsprogramm Eureka. Die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika fordern auch einen vergleichbaren Stand der jeweiligen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung.

Wenn wir den europäischen Pfeiler der transatlantischen Brücke stärken wollen, setzt dies auch voraus, daß wir die technologische und industrielle Leistungskraft in Europa steigern. Und dies kann uns doch nur gelingen, wenn wir die vorhandenen nationalen Potentiale bündeln und zusammenführen. Wir haben auf den französischen Vorschlag nicht nur sofort reagiert,

giert, sondern gemeinsam mit unseren französischen Freunden und anderen auch inhaltlich die Weichen für Eureka gestellt.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus die Ausrichtung der Folgekonferenz von Paris übernommen und die beteiligten europäischen Staaten für den 5. und 6. November nach Hannover eingeladen. In Hannover wird es darum gehen, Ziele und Strukturen von Eureka näher zu bestimmen und, wenn möglich, erste konkrete Ziele und Projekte zu definieren. Unsere Überlegungen konzentrieren sich dabei auf Projekte aus den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik, Robotertechnik, Fertigungstechnik, Gentechnologie sowie der Techniken für modernen Umweltschutz und Verkehr.

Europa wird bei den fortgeschrittenen Technologien gegenüber seinen Freunden und zugleich Konkurrenten USA und Japan auf die Dauer nur dann gleichziehen können, wenn wir mit der Schaffung eines großen einheitlichen Marktes ernst machen.

Der Europäische Rat in Mailand hat sich darauf festgelegt, bis 1992 — und das ist für ein so großes Werk nur eine kurze Zeit — den europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Ich weiß, dies ist ein ganz ungewöhnlich ehrgeiziges Ziel, wenn man bedenkt, daß es in den letzten 25 Jahren nicht gelungen ist, den Auftrag der Römischen Verträge zu erfüllen und die Binngrenzen in der Gemeinschaft endlich zu überwinden. Wir werden mit Nachdruck darauf hinwirken, daß der Beschuß des Europäischen Rates von Mailand möglichst termingerecht umgesetzt wird.

Mit der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes verbessern wir die Rahmenbedingungen für die europäische Wirtschaft. Wir leisten damit auf europäischer Ebene auch einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften Überwindung der Arbeitslosigkeit.

In diesen Tagen der Debatte werden hier natürlich auch alle Fragen der Innenpolitik ganz besonders gewürdigt. Ich kann sehr wohl verstehen, daß es für die Sprecher der Opposition eine wenig erfreuliche Situation ist, daß all ihre Voraussagen, ihre pessimistischen Bilder, die Horrorgemälde, die hier auch heute noch entwickelt wurden, in der Wirklichkeit des Landes eben nicht zutreffen.

Den Verleumdungen der SPD werden wir entgegentreten

Ich habe gesagt, dieser Etat führt am Ende des Jahres 1986 ins unmittelbare Vorfeld der Bundestagswahl hinüber. Sie werden angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung, so wie sie sich abzeichnet und wie sie nach meiner festen Überzeugung auch eintreten wird, keine Chance haben, mit jener Welle der Diffamierung, Verleumdung und Verdrehung der Tatsachen operieren zu können, wie Sie das bei einigen Wahlen in diesem Jahr getan haben.

Wir werden den Wählern rechtzeitig und umfassend deutlich machen, was wir von Ihnen an Erblast übernommen haben.

Es waren drei schwierige Etappen, die wir vor uns hatten: Beendigung der Talfahrt in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit, die Sie allein zu verantworten haben.

Das zweite, um das es uns gehen muß, war die Wiedergewinnung von Stabilität und Wachstum, das dritte die Trendumkehr bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Erstens: Das einzige, was Sie von der SPD anzubieten haben, ist, zurückzukehren zu Ihren alten Rezepten, die immer katastrophale Folgen hatten: Neue Schulden zu machen, das ist das, was Sie uns doch in Wahrheit vorgeschlagen haben. Sie hatten uns im Herbst 1982 ein wirklich gigantisches Defizit für 1983 vorgegeben, und

wir haben für dieses Defizit bezahlen müssen.

Wir haben das Defizit wesentlich reduziert, wenn wir auch noch nicht alle Ziele erreichen konnten. Wir haben mit einem 6-Milliarden-Gesamtpaket wichtige Starthilfen zur Wiederbelebung der Wirtschaft gegeben. Und ob es Ihnen gefällt oder nicht: Wir haben mit der Steuerreform — 1. Januar 1986, 1. Januar 1988 — einen Startschuß für eine vernünftige Entwicklung gegeben, die unter Ihrer Regierung gänzlich unmöglich gewesen wäre.

Im Gegensatz zu Ihren Prophezeiungen im Jahre 1983 und 1984 von diesem Pult aus hat uns die Konsolidierung des Haushalts eben nicht tiefer in die Rezession geführt, sondern sie hat einen wirtschaftlichen Aufschwung und die eben erwähnte Senkung der Steuerbelastung überhaupt erst möglich gemacht. Wir werden auf diesem Weg voranschreiten.

Steuersenkungen und solide Staatsfinanzen gehören für uns untrennbar zusammen. Das, Herr Abgeordneter Vogel, ist der entscheidende Unterschied zwischen uns. Steuersenkungen auf Pump sind für uns keine Alternative. Unsere Finanzpolitik bleibt berechenbar.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen

Der zweite, wirklich entscheidende Punkt einer Veränderung in weniger als drei Jahren: statt Minuswachstum und Schrumpfung wirtschaftlicher Leistungen wieder Wirtschaftswachstum. Wir hatten 1982 immerhin einen Rückgang um real 14 Milliarden DM. Das heißt, die realen volkswirtschaftlichen Leistungen waren 1982 hinter den Stand von 1980 zurückgefallen.

Heute haben wir anhaltendes reales Wirtschaftswachstum, mit dem uns beispielsweise die OECD — zu Recht — in der Spitzengruppe der Industrieländer der Welt sieht.

Die Bundesbank rechnet mit einer Zwischenrate des Bruttonsozialprodukts in einer sehr günstigen Größenordnung in der Nähe von 3 Punkten.

Diese Wachstumsdynamik bedeutet im übrigen im abgelaufenen Jahr 1984 eine Zunahme der volkswirtschaftlichen Leistungen um nicht weniger als 77 Milliarden DM. Das — das muß man den Sozialisten jeglicher Art ins Stammbuch schreiben — hat mehr Wirkung als alle vorgeschlagenen Beschäftigungsprogramme, die Sie je erdacht haben.

Herr Abgeordneter Vogel, Sie wissen so gut wie ich, daß die rund 50 Milliarden DM für die sogenannten Beschäftigungsprogramme jeglicher Art in den Jahren 1974 bis 1981 nur ein Ergebnis hatten: Sie haben nicht weniger Arbeitslose, sondern die größte Zunahme an Arbeitslosen in der Nachkriegsgeschichte, und Sie haben gewaltige Schulden hinterlassen.

Kein anderes Land mit Ausnahme Japans kann ähnlich niedrige Preissteigerungsraten aufweisen wie die Bundesrepublik Deutschland.

Das ist in Wahrheit soziale Politik. Denn die wirkliche Expropriation — übrigens auch im marxistischen Sinne — findet statt, indem man den kleinen Sparer und die Leute mit kleinem Einkommen über die Inflation tatsächlich enteignet. Das war doch eine Erfahrung, die wir gemacht haben und die nie wieder Richtschnur deutscher Politik werden darf.

Die Folgen unserer Politik sind ganz klar. Wir haben erstmals statt Kaufkraftverlust eine reale Zunahme von Löhnen und Einkommen. 1984 und 1985 erhöhte sich die reale Kaufkraft der Haushalte um rund 30 Milliarden DM. Erstmals seit 1979 ist die Zinsvergütung für Sparkonten wieder höher als der Preisanstieg. Das bedeutet einen echten Wertzuwachs auf den Sparkonten.

Wir haben in Sachen Umweltschutz gehandelt

Ich kann hier ein weiteres Feld des Erfolges ansprechen: Umweltschutz. Was haben Sie denn getan? Sie haben darüber geredet. Sie haben auf die neu ankommende Gruppe der Grünen gestarrt. Sie waren doch handlungsunfähig, wie Sie es bis zum heutigen Tag geblieben sind. Es gab kein umfassendes Konzept.

Es war doch ihre Regierung, es war doch der von Ihnen kommende Bundeskanzler, der weder 1972 noch 1974, als Japan und Amerika das umweltfreundliche Auto einführten, die notwendigen Schritte eingeleitet hat. Herr Abgeordneter Vogel, Sie fordern doch immer den handlungsfähigen Kanzler. Dieser Kanzler hat in dieser Frage gehandelt, und das ist der entscheidende Punkt.

Wir, die Bundesrepublik, haben heute eine Pilotfunktion in Sachen Umweltschutz. Ich will ein paar Beispiele nennen: Halbierung des Schwefelausstoßes von Kraftwerken bis 1993, demnächst drastische Reduzierung der Schadstoffabgabe aus Industrieanlagen, schrittweise Einführung des umweltfreundlichen Autos, nicht nur bei uns, sondern auf unsere Initiative in Europa, die speziellen Forschungen und gezielten Maßnahmen zum Thema Waldschäden, das Maßnahmenbündel zum Schutz von Wasser und Boden. Mit einem Wort, wir haben die Dinge vorangebracht.

Wir wissen, daß nur mit moderner Technologie in einer leistungsfähigen Wirtschaft Umweltschutz gewährleistet, Ökologie und Ökonomie gemeinsam entwickelt werden können.

Herr Abgeordneter Vogel, ein weiterer Punkt: Strukturwandel. Wir werden im nächsten Jahr interessante Zahlen bekommen. Da wird sich beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeits-

platzlage in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen zeigen. Da werden Sie feststellen, daß wir in der kurzen Zeit seit unserer Amtsübernahme vor allem den neuen Technologien wieder eine Chance gegeben haben, daß wir diesen ganzen ideologischen Unsinn nicht nur nicht mitmachen, sondern auch dezidiert bekämpfen, diesen Unsinn, einen Gegensatz zwischen wirtschaftlichem Fortschritt, Sicherung von Arbeitsplätzen und technologischen Notwendigkeiten zu konstruieren.

Wir haben wieder allen Grund zu wirtschaftlichem Optimismus, und das ist ein großartiges Ergebnis unserer Politik.

Meine Damen und Herren, zu einer ehrlichen Bilanz gehört auch, daß wir in dem wichtigen Bereich Beschäftigung und Arbeitsmarkt noch lange nicht alle Probleme gelöst haben. Aber auch hier muß man wieder die Ausgangsposition, die Sie ja kaschieren wollen, zugrunde legen.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahl wurde gestoppt

Für den Herbst 1982 sind folgende Zahlenangaben der amtlichen Statistik völlig unbestritten. Die Arbeitslosenzahl lag im Oktober 1982 bei 1.920.000, das heißt um 554.000 höher als genau ein Jahr zuvor. Binnen zwei Jahren gab es damals einen Zuwachs von mehr als einer Million Arbeitsuchender auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik.

Am 9. Oktober 1982 legte der Sachverständigenrat sein Sondergutachten zur wirtschaftlichen Lage im Herbst 1982 vor. Seine Prognose für 1983 lautete, Herr Abgeordneter Vogel: Anstieg der Arbeitslosenzahl um rund 400.000 auf 2.250.000 Arbeitslose.

Was können wir demgegenüber heute, nach über zwei Jahren, festhalten? Zum

einen: Der im Oktober 1982 vorhergesagte Jahressdurchschnittswert von 2,3 Millionen ist nicht erreicht worden. Zum anderen: Der jährliche Anstieg der Arbeitslosenzahl um über eine halbe Million — wie 1982 — hat seither nicht mehr stattgefunden.

1984 belief sich der Zuwachs statt dessen auf 0,3 Prozent, das heißt auf drei Zehntel eines Prozentpunktes, und dies — das haben Sie in der öffentlichen Diskussion immer unterschlagen — trotz der geburtenstarken Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt, die es — auf lange Sicht sage ich: Gott sei Dank — gibt und die unsere Probleme heute notwendigerweise wesentlich verschärfen.

Den Anstieg der Arbeitslosenzahl zu stoppen, ist für uns ein ganz wichtiges Ziel unserer Politik, aber es kann nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Dafür, daß die Richtung stimmt, gibt es klare Hinweise. Die Zahl der Kurzarbeiter konnte seit Anfang 1983 von über 1 Million auf zuletzt 74.000 gesenkt werden. Der Abbau von Kurzarbeit ist doch der Abbau der Gefahrenstufe vor der Arbeitslosigkeit. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung aus den letzten Jahren — das hat nichts mit meinem Amt zu tun — Dutzende von Beispielen dafür nennen, daß Betriebe, bevor sie in die letzten Schwierigkeiten kamen, zunächst versucht haben, sich mit Kurzarbeit zu entlasten und über die Runden zu retten. Meine Damen und Herren, das ist doch nun eine großartige Zahl; diese sollten Sie proklamieren.

Wir haben das Lehrstellenproblem gelöst

Es gibt noch einen ganz großartigen Erfolg, bei alledem, was uns dabei bedrückt: Die Jugendarbeitslosigkeit — auch das sollten Sie anerkennen — ist heute niedriger als im Herbst 1982 — und dies trotz

der größeren Zahl von Schulabgängern im Verhältnis zu damals. Das ist im übrigen auch im EG-Vergleich ein sehr gutes Ergebnis.

Wir haben wirklich durch gemeinsame Arbeit vieler Verantwortlicher in allen Bereichen der Gesellschaft bei der Lösung des Lehrstellenproblems ein großartiges Ergebnis zu verzeichnen gehabt.

Wahr ist aber auch, daß in jenem Jahr und in den darauffolgenden Jahren weit über 90 Prozent einen Ausbildungsplatz erhalten und daß wir Ausbildungsplatzrekorde erzielt haben.

Mit einem Wort: Es gibt bei allen unlegbaren Schwierigkeiten eine deutliche Trendwende an der Beschäftigungsfront. Seit Anfang dieses Jahres liegt die Zahl der Beschäftigten erstmals seit vier Jahren nicht mehr unter, sondern über dem Vorjahresstand. Das Ifo-Institut beziffert die Zunahme von Arbeitsplätzen in der Gesamtwirtschaft bis Mitte des Jahres auf 100.000.

Noch eines ist wichtig: Der Beschäftigungsanstieg war im Investitionsgütergewerbe mit Abstand am stärksten, also genau dort, wo Produktion und Aufträge am stärksten zugenommen haben.

Dies zeigt deutlicher als alles andere, daß die wirtschaftliche Entwicklung, daß der Aufwärtstrend eben nicht am Arbeitsmarkt vorbeigehen, sondern im Gegenteil von dort Impulse für den Arbeitsmarkt ausgehen.

Diese Trendwende in Sachen Beschäftigung war alles andere als selbstverständlich. Im Herbst 1982, am Ende der 13 Jahre Ihrer Regierung, gab es nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze als 1969. 800.000 Arbeitsplätze müssen in Ihrer Übergabebilanz als Verlust eingesetzt werden.

Für uns ist dies nicht eine Frage der Statistik, sondern wir wissen doch — ich den-

ke, wenigstens an diesem Punkt stimmen wir überein, daß der Verlust eines Arbeitsplatzes auch der Verlust der Chance zu wirklicher Selbstverwirklichung ist und daß man das entscheidende Ziel deutscher Innenpolitik und deutscher Gesellschaftspolitik in der Gegenwart — was immer man in einzelnen politischen Lagern denken mag — im Stopp und im Abbau der Arbeitslosigkeit sehen muß.

Aufwärtstrend bei den Beschäftigten

Wir haben notwendige Schritte in diesem Sinne eingeleitet, und ich bin sicher, wir werden auf diesem Weg gut vorankommen.

Der Blick auf das zweite Halbjahr 1985 und auf das Jahr 1986 zeigt, daß es bei der Beschäftigung einen Aufwärtstrend gibt.

Das Wirtschaftswachstum ist stabil. Die Sachverständigen halten sogar eine leichte Verstärkung für das nächste Jahr für wahrscheinlich. Eine Gefährdung der Preisstabilität ist nicht zu erkennen.

Produktion und Aufträge zeigen nach oben. Der Export wie die Inlandsnachfrage gewinnen auch weiterhin an Schwung. Die Kapazitätsauslastung der Industrie hat mit knapp 85 Prozent den letzten Höchststand von 1979 — das war immerhin vor sechs Jahren — erreicht. Das heißt, Neueinstellungen stehen zunehmend auf der Tagesordnung.

Zusammenfassend gilt für dieses Kapitel: Wir stehen jetzt an dem Punkt, wo die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auch bei der Beschäftigung zunehmend Wirkung erzielt. Damit sind wir knapp drei Jahre nach der Regierungsübernahme einen ganz wesentlichen Schritt vorangekommen.

Die Zinsen sinken, die Preise sind stabil, die Wirtschaft wächst, die Unternehmen investieren. Unsere verbesserte Chance im Bereich des internationalen Wettbewerbs ist unbestritten. Die Tarifpartner können wieder über reale Lohnsteigerungen verhandeln.

Aber wir können dabei nicht stehenbleiben. Der hohe Sockel der Arbeitslosigkeit läßt sich nur dann abbauen, wenn nicht nur die politisch Verantwortlichen die Rahmenbedingungen schaffen, sondern wenn alle Beteiligten bei diesen Aufgaben zusammenwirken. Ich nenne nur die über 1 Million Arbeitslosen ohne ausreichende Qualifikation. Ich nenne den eklatanten, in einigen Regionen ja ganz und gar unverständlichen Facharbeitermangel auf den Wachstumsfeldern der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung. Ich nenne die Notwendigkeit, ja unsere Pflicht, zu helfen beim Übergang junger Menschen aus der Lehre in ein Beschäftigungsverhältnis.

Ich nenne als ein besonders bedrückendes Thema aus dem Bereich der Jungakademiker-Arbeitslosigkeit die wachsende Zahl arbeitsloser Lehrer, die nur bei einem Wechsel in einen anderen Beruf einen dauerhaften Arbeitsplatz finden können. Das sind Beispiele für das weite Feld von Arbeit, das noch vor uns liegt.

Wir wollen den § 218 nicht ändern — aber wir sind gegen den Mißbrauch gesetzlicher Bestimmungen

Für das politische Klima im Land, für das soziale Klima im Land ist ein anderes ganz wichtiges Thema von größter Bedeutung, das Thema der Familienpolitik.

Bevor ich mich diesem Thema zuwende, will ich noch eine kurze Bemerkung zu

dem machen, was der Abgeordnete Dr. Vogel in einer mir völlig unverständlichen Weise zu der innerhalb der Union ablaufenden Diskussion zu § 218 gesagt hat. Herr Abgeordneter Vogel, wenn Sie keinen Sinn dafür haben, daß ein solches Thema Menschen in der Bundesrepublik zutiefst aufwühlt und berührt, ist das Ihre Sache.

Es ist einfach nicht wahr, wenn Sie hier die Behauptung aufstellen, wir wollten den § 218 ändern. Die Diskussion bei uns in der Union geht darum, was bei Mißbrauch der gesetzlichen Bestimmungen — das wird von vielen so empfunden — zu tun ist. Die Initiative meines Freundes, Bernhard Vogel, des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, richtet sich genau auf diesen Punkt.

Was Sie uns hier unterstellen, stimmt doch einfach überhaupt nicht. Herr Abgeordneter Vogel, auch Sie müßten es einfach für unerträglich halten, daß in einem so unbestreitbar reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen menschliches Leben vernichtet wird. Hier müssen wir doch handeln, und darum geht es doch auch im Augenblick.

Wir haben doch auch gehandelt: Ab Januar nächsten Jahres wird durch das Erziehungsgeld und Kindergeldzuschlag erreicht, daß keine Frau, die ein Kind auf die Welt bringt, zu befürchten braucht, in eine soziale Notlage zu geraten. Wir haben durch diese Maßnahmen gehandelt und geholfen.

Das alles hat natürlich seinen guten Grund; denn wenn es überhaupt eine Institution in unserem Staat, in der Gesellschaft gab, die unter Ihrer Politik gelitten hat, dann war es die Familie. Sie haben die Familie materiell und sozial ins Abseits gedrängt.

Sie haben sie rechtlich bevormundet, Sie haben sie psychologisch verunsichert, und die Familie war in Ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellung jahrelang Objekt für gesellschaftsverändernde Experimente. Dahinter stand immer die ideologische Vorstellung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen, der alte Traum der Marxisten und Sozialisten, der sich schon immer als eine Schimäre erwiesen hat.

Meine Damen und Herren, diese Politik hat nicht Partnerschaft und nicht Mitmenschlichkeit gefördert, sondern sie hat nur Konflikte geschürt, sie hat menschliche Bindungen in Frage gestellt und oft auch zerstört. Viele Schwächesymptome unserer Gesellschaft, mit denen wir uns heute herumschlagen, vor allem auch jener törichte, dummlche, fortschrittsfeindliche Kulturpessimismus, hatten ihre Ursache in dieser totalen Verunsicherung.

Dank an Heiner Geißler

Für die Koalition der Mitte sind der Schutz und die Stärkung der Familie eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges.

Ich nehme die Gelegenheit der heutigen Debatte wahr, meinem Freund Heiner Geißler für seine Arbeit in diesem Feld ausdrücklich zu danken. Er hat in diesen weniger als drei Jahren mehr bewegt als viele andere in diesem Ressort vor ihm. Er hat es mit der ihm eigenen Art, mit äußerster Tatkraft und Entschiedenheit und auch mit großer Robustheit getan; er hat aber damit überhaupt bei vielen in unserer Gesellschaft ein Tor für die Einsicht geöffnet, wieder ein klares Ja zur Familie zu sagen.

Für die Koalition der Mitte, für FDP, CDU und CSU, sind der Schutz und die Stärkung der Familie eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Ehe und Fa-

milie sind das Fundament unseres Staates, unserer Gesellschaft. Ohne die gemeinschaftsbildende Kraft, ohne die Leistungen der Familie hat das Land keine Zukunft.

Eine Gesellschaft, die die Familie vernachlässigt, kann eben nicht kinderfreundlich sein, und eine kinderfeindliche Gesellschaft ist außerstande, mit Optimismus und mit Zuversicht nach vorn zu blicken.

Dabei geht es uns überhaupt nicht darum, in persönliche Entscheidungen von Mann und Frau einzugreifen. Aber wir wollen und wir müssen verhindern, daß der Wunsch nach Kindern, daß das Ja zu Kindern zu einer sozialen Benachteiligung führt. Und wir haben gehandelt. Das ist gestern in der Diskussion schon dargelegt worden.

Wir haben den größten familienpolitischen Lastenausgleich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht

Die Familienpolitik der Bundesregierung verbessert die soziale Situation der Familien. Materiell geschieht das durch eine Summe und eine Kombination von familiengerechter Steuer oder gezielter sozialer Förderung. Wir haben den größten familienpolitischen Lastenausgleich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht.

Wir wollen eine Renaissance der Familie in unserer Gesellschaft. Dabei ist die Verbesserung der materiellen Lage nur der eine Teil. Der andere Teil ist ein Umdenken in Staat und Gesellschaft. Daran werden wir uns alle beteiligen müssen. Das ist eben nicht nur — vielleicht noch nicht einmal zuvörderst — eine Aufgabe der Politik.

Mehr als das, was Staat und Gesetze bewegen können, was Behörden tun können, ist das, wozu die Menschen selbst bereit sind zugunsten einer Veränderung des Großklimas in unserer Gesellschaft. Wichtig ist, daß wir alle, daß Elternhäuser und Schulen, gesellschaftliche Organisationen — Kirchen, Gewerkschaften — und viele andere die Familie wieder in den Mittelpunkt unserer Überlegungen und unserer Sympathie stellen. Die wirtschaftlich-technische Modernisierung unseres Landes stellt hohe Anforderungen an die Gesellschaft von heute und morgen, an Anpassungs- und Lernfähigkeit.

Auch im Blick auf diese Herausforderung insgesamt ist die Familie die große Chance, den Menschen Wärme, Rückhalt und Geborgenheit zu geben. Für uns ist Familienpolitik eine tragende Säule der Zukunft unseres Landes, und wir werden alle unsere Maßnahmen immer wieder in diesem Sinne zu überprüfen haben.

Meine Damen und Herren, in weniger als drei Jahren — das ist eine kurze Zeit im Ablauf der Geschichte eines Volkes —, kann ich auch bei alledem, was uns nicht gelungen ist und was uns auch an Fehlern unterlaufen ist, heute mit berechtigtem Stolz sagen:

Wir haben in diesen knapp drei Jahren in allen wesentlichen Fragen entscheidende Fortschritte erzielt.

Wir haben fast 80 Prozent des von mir hier in der Regierungserklärung vorgetragenen Programms bereits jetzt entweder realisiert oder in die Gesetzgebung eingebracht. Wir werden unser Arbeitspensum zügig bis zum Sommer 1986 abschließen. Wir werden uns dann guten Mutes den Wählern stellen.

Der Wähler wird erkennen: Die Wende hat in der deutschen Politik stattgefunden. Es geht wieder aufwärts mit der Bundesrepublik Deutschland.

Heiner Geißler:

Wir haben Meilensteine in der Jugend- und Familienpolitik gesetzt

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Familienpolitik — um mit diesem Kapitel zu beginnen — eine der zentralen Aufgaben der Gesellschaftspolitik nicht nur gewesen ist, sondern auch in der Zukunft bleiben muß, erklärte Bundesminister Geißler in der Debatte u. a.

Was heißt „Interessen der Zukunft“? Interessen der Zukunft — das sind die Interessen unserer Kinder, das sind die Interessen der Jugend. Infolgedessen ist Familienpolitik immer eine Politik, die für die Zukunft unseres Landes, für die Zukunft unserer Kinder investiert.

Von diesem Gesichtspunkt habe ich mich leiten lassen. Ganz sicher ist nicht alles erreicht worden — und es kann auch in zweieinhalb oder drei Jahren nicht erreicht werden —, was man sich bei dieser Zielsetzung vorstellt; aber in den vergangenen drei Jahren sind durch Entscheidungen der Bundesregierung frauen-, familien- und kinderfeindliche Strukturen dieser Gesellschaft abgebaut und ist die Bedeutung der Familie als der wichtigsten Gemeinschaft unserer Gesellschaft aufgewertet worden.

Ich bin auch der Meinung, daß wir als eine der bedeutendsten Veränderungen unserer Gesellschaft und unserer Zeit zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich das Bewußtsein von Millionen von Frauen verändert hat, die heute in ihrer überwiegenden Mehrheit Familie und Beruf miteinander verbinden wollen, und zwar ohne daß ihnen irgend jemand eine Rolle vorschreibt, sondern in dem Sinne, daß sie selber entscheiden wollen, welche Aufgabe in welcher Lebensphase sie für sich

persönlich für richtig halten. Nicht nur das Zehn-Milliarden-Paket für die Familie, sondern auch konkrete politische Entscheidungen, die keine rein quantitative Fortschreibung der bisherigen Frauen- und Familienpolitik, aber eine qualitative Veränderung der Gesellschaftspolitik beinhaltet, haben dazu entscheidend beigetragen. Ich nenne vor allem die erstmalige Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, die Einführung eines Erziehungsgeldes und Erziehungsurlaubs mit Beschäftigungsgarantie. Beide Entscheidungen haben ein neues Kapitel in der Familien- und Frauenpolitik eröffnet.

Ich sage jetzt noch ein Wort zur sogenannten neuen Armut. Ich habe — Sie können meine Reden hier im Parlament nachlesen — nie bestritten, daß es Armut in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Ich habe mich dagegen gewehrt, daß Sie (die SPD) den Begriff „neue Armut“ so verwenden, als wäre diese Armut das Ergebnis des Jahres 3 der Regierung Helmut Kohl. Bereits vor zehn Jahren habe ich diese neue Armut umschrieben. Sie haben die neue Armut geschaffen. Das ist die Wahrheit.

Kennzeichen dieser Armut waren und sind Kinderreichtum und Massenarbeitslosigkeit. Wir haben hier angesetzt. Durch unsere Familienpolitik werden die Familien zum erstenmal seit über zehn Jahren in einer bemerkenswerten Weise wieder in die Lage versetzt, unter besseren sozialen Bedingungen leben zu können. Wir haben die Sozialhilfe durch unsere Maßnahmen um 8% erhöhen können. Und was die Massenarbeitslosigkeit anbelangt: Die haben nicht wir geschaffen, sondern die ha-

ben wir von Ihnen geerbt, und unsere Maßnahmen — das ist heute morgen ja lange genug erörtert worden — zeigen, daß wir mit unserer Politik auch mit diesem Problem fertig werden können — aber nicht mit Ihren falschen, unbrauchbaren Rezepten des letzten Jahrzehnts ...

Neuer Lehrstellenrekord

730 000 junge Leute haben im letzten Jahr einen Ausbildungsplatz bekommen, und in diesem Jahr werden wir einen ähnlichen Lehrstellenrekord haben. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat, seit wir an der Regierung sind, abgenommen, während sie unter Ihrer Regierungsverantwortung zugenommen hatte ...

Was die Gesundheitspolitik betrifft, so habe ich als Antwort auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens eine umfassende Bestandsaufnahme und Bilanz vorgelegt. Wir werden darüber in einer größeren gesundheitspolitischen Debatte sprechen.

Die öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen vermittelt manchmal den Eindruck, unser Gesundheitswesen stünde sozusagen vor dem Zusammenbruch, als würden wir alle der Gesundheitsgefahr nicht mehr Herr. Ein solches nun oft wohl nicht ohne Absicht gezeichnetes Bild ist einfach überzogen und falsch.

Unser Gesundheitswesen ...

Erstens. Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland ist modern und leistungsfähig. Es steht qualitativ auch im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau. Unser Gesundheitswesen wird von den Prinzipien der Subsidiarität, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung geprägt. Es hat sich auch bewährt. Und dabei muß es bleiben. Wir lehnen ein bürokratisiertes oder sozialisiertes oder verstaatlichtes Gesundheitswe-

sen ab. Dies wird auch für die Zukunft gelten.

... ist modern und leistungsfähig

Zweitens. Die gesundheitliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland hat sich entgegen allen Negativprognosen verbessert. Die Menschen leben heute wesentlich länger und fühlen sich auch im Alter gesünder und aktiver als früher. Die mittlere Lebenserwartung ist gestiegen. Die Säuglingssterblichkeit ist von 33,8 pro tausend Lebendgeborene im Jahre 1960 auf 10,2 im Jahre 1982 und 9,6 im Jahre 1984 zurückgegangen.

Drittens gilt es festzuhalten: Die medizinische Wissenschaft hat in den letzten Jahren große Fortschritte für die Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Bürger ermöglicht. Die Entwicklung der medizinischen Technik und bei Arzneimitteln hat dazu geführt, daß viele früher unheilbare Krankheiten geheilt, gemildert oder hinausgeschoben werden können. Darüber hinaus zeichnen sich Entwicklungen ab, die heute noch kaum vorstellbare Möglichkeiten in der Krankheitsbekämpfung erwarten lassen.

Mehr Vorsorge treffen

Es ist unsere Aufgabe in der Gesundheitspolitik, die Gesundheit zu schützen und sie zu verbessern, die Krankheiten zu bekämpfen. Aber das ist nur die eine Seite und die halbe Wahrheit; denn die Vorsorge für die Gesundheit hat zwei Seiten. Es gibt ganz sicher umweltbedingte und auch gesellschaftsbedingte Krankheitsursachen. Aber zunächst einmal ist jeder persönlich für seine eigene Gesundheit verantwortlich. Der Staat kann nicht jedem einzelnen seine Gesundheit garantieren. Verantwortung des einzelnen und Verantwortung des Staates, beides gehört zusammen.

Norbert Blüm:

Stabile Preise und sinkende Zinsen sind die Kennzeichen unserer Politik

Sozialpolitik besteht nicht nur aus Geld, erklärte Bundesminister Norbert Blüm. Aber da wir in der Haushaltsdebatte sind, beginne ich mit einer Zahl. 86,33 Milliarden DM dieses Haushalts werden für soziale Sicherheit ausgegeben. Ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts geht in soziale Sicherheit. Der größte Einzelplan dieses Haushaltes ist der Einzelplan 11, Arbeit und Sozialordnung. Er steigt im nächsten Jahr um 3,5 %. Er steigt stärker als der Haushalt. Wie man angesichts dieser Zahlen die Katastrophensituation von Untergang, Pleiten, Zertrümmerung, Skandal herunterbeten kann, bleibt mein Rätsel und Ihr Betriebsgeheimnis. Wenn freitags Frau Fuchs noch nicht das Wort Skandal in den Mund genommen hat, dann weiß ich: Die Woche ist noch nicht zu Ende; irgend etwas stimmt noch nicht.

Wir sparen. Wir mußten sparen. Wir sparen nicht aus Selbstzweck. Was ist denn die Alternative zum Sparen? Die Alternative wäre gewesen, die Beiträge wären mit einem Katapultstart in die Höhe geschossen. Wer bezahlt denn die Beiträge? Die Arbeitnehmer. Insofern ist Sparen auch eine Politik für die Arbeitnehmer. Wir sparen auch, um die Funktionsfähigkeit des Systems der sozialen Sicherung zu erhalten. Hätten wir in der Rentenversicherung nicht gespart, wäre die Rentenversicherung im Sommer 1983 zahlungsunfähig gewesen. Als wir die Regierung übernahmen, hatte die Bundesanstalt 14 Milliarden DM Schulden. 14 Milliarden DM

ist mehr als der ganze Kriegsopferhaushalt. Wir mußten eine Politik des Sparsen machen, um die Bundesanstalt für Arbeit überhaupt funktionsfähig zu halten. Wir haben gespart, weil wir die Schulden abbauen. Denn wer bezahlt die Schulden? Wer bezahlt denn die Zinsen, die der Staat zahlen muß? Das zahlen die Lohnsteuerzahler. Und wer erhält die Zinsen? Diejenigen, die dem Staat Geld leihen konnten. Das sind nicht die Sozialhilfeempfänger, nicht die Rentner, nicht die kinderreichen Familien. Schuldenpolitik ist eine Politik gegen die kleinen Leute.

30 Milliarden DM für Zinsen

Der drittgrößte Titel dieses Haushalts heißt Zinsen. 30 Milliarden DM geben wir im nächsten Jahr nur aus, um die Zinsen der Schulden zu bezahlen, die Sie uns hinterlassen haben. Was könnte ein Sozialminister mit 30 Milliarden DM machen, wenn Sie uns den Haushalt in dem Zustand übergeben hätten, wie wir ihn 1969 in Ihre Hände übergeben haben? 30 Milliarden DM! Ich fange an zu träumen: man könnte eine 14. eine 15. Rente zahlen, man könnte mehr Familienpolitik machen. 30 Milliarden DM, das ist mehr als alle Löhne und Gehälter, die der Bund zahlt.

Mehr als für Entwicklungspolitik, Umweltschutz, innere Sicherheit, Wohnungsbau, Wissenschaft, Forschung, Ausbildungsförderung geben wir nur aus, um die Zinsen für die Schulden zu zahlen, die Sie uns hinterlassen haben. Weil ich weiß, daß Ihnen das lästig ist: Ich werde so lange über Erblast reden, bis die letzte Mark der Schulden abgebaut ist, die Sie uns hinterlassen haben.

Wozu sparen? Ich stelle noch einmal die Frage. Wir sparen für die Beitragszahler. Wir sparen, um auch sozialpolitisch wieder Luft zum Atmen, Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Wir haben nämlich nicht nur gespart, wir haben gestaltet. 10 Milliarden mehr für den Familienlastenausgleich im nächsten Jahr. Meine Damen und Herren, wenn wir das vor zwei Jahren angekündigt hätten, hätten Sie uns für Hochstapler erklärt. 10 Milliarden DM, obwohl gespart werden muß.

Wir haben das Wohngeld erhöht. Wir haben den Arbeitslosengeldbezug für ältere Arbeitslose verlängert, die jüngeren Arbeitslosen wieder in Krankengeld und Kindergeld hineingenommen. Die hatten Sie vorher hinausgeworfen, wir haben sie wieder hereingenommen.

Meine Damen und Herren, es gibt zwei Möglichkeiten des sozialpolitischen Fortschritts. Der eine Weg ist der mit Pauken, Trompeten und Schellenbaum; der andere Weg ist der leise — auf weichen Sohlen.

Preisstabilität und Zinssenkung

Beschäftigungsprogramme, Subventionen, staatliche Umverteilung, das ist die Sozialpolitik, von der ich zugebe, daß sie spektakulärer ist. Die leiseste Sozialpolitik heißt Preisstabilität, heißt Zinssenkung. Senkung der Preissteigerungsrate ist die beste Sozialpolitik für die kleinen Leute. Fragen Sie doch mal die Rentner, was sie von einer Rentenerhöhung von 4% 1981 hatten, als die Preissteigerungsrate 6% betrug. Was haben Sie von der schönsten Lohnerhöhung, von 5%, 6%, wenn die Preise anschließend um 7% steigen? Es kommt nicht nur darauf an — da setze ich auf den gesunden Menschenverstand der Arbeiter —, was du im Geldbeutel hast, sondern es kommt darauf an, was du damit kaufen kannst. Daß wir die Preissteigerungsrate halbiert haben, heißt 21 Mil-

liarden DM mehr Kaufkraft für Arbeitnehmer und Rentner — 21 Milliarden DM.

Daß wir eine Politik gemacht haben, die es ermöglicht hat, die Zinsen zu senken, heißt Nachschub für Investitionen von 37 Milliarden DM. Herr Vogel, Sie träumen doch davon, ein Beschäftigungsprogramm von 37 Milliarden DM zustande zu bringen. Wir haben durch Zinssenkung eines zu stande gebracht. Wir glauben: Es ist besser, der einzelne, die Verbraucher, die Unternehmer entscheiden, wo investiert wird, als daß das große, bürokratische Planungsabteilungen machen.

Lassen Sie mich auch zum Arbeitsmarkt selber etwas sagen. Herr Dreßler (SPD) hat ja gestern in der ihm eigenen Weise wieder den Untergang dargestellt. Herr Dreßler, wie kommen denn eigentlich in Ihrem Koordinatennetz folgende Zahlen unter: 1982 für Arbeitsmarkt, Umschulung, Fortbildung und Rehabilitation — 1982, Herr Dreßler, das war Ihr letztes Jahr als parlamentarischer Staatssekretär — 6,9 Milliarden DM, 1985 9,3 Milliarden DM? Also, da braucht man gar nicht höhere Matheematik: 6,9 Milliarden DM sind weniger als 9,3 Milliarden DM. Und wie kommen ausgerechnet Sie, der Sie weniger als wir gemacht haben, dazu, uns vorzuwerfen, wir würden auf dem Arbeitsmarkt nichts machen?

Sehr verehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär außer Diensten, in dem letzten Jahr, wo Sie Mitverantwortung hatten, hatten wir 29200 ABM-Plätze. Inzwischen haben wir 90000. Was ist mehr: 29000 oder 90000? Wie kommen Sie dazu, uns vorzuwerfen, wir machen nichts? Dann hätten Sie ja ein Minus gemacht! Wie kommen Sie dazu, uns Vorwürfe zu machen, wenn Sie weit unter dem geblieben sind, was wir machen?

Wir haben die Vorruestandsregelung gemacht. Wenn Sie von einem Flop des Vorruestandes reden, dann muß ich den

Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier vor den Angriffen der Sozialdemokraten in Schutz nehmen. Er hat noch in einer der jüngsten Ausgaben der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ den Vorruststand als eines der wichtigsten und wirksamsten Instrumente des Arbeitsmarkts bezeichnet . . .

Für bessere Qualifikation der Ungelernten

Meine Damen und Herren, es geht mir nicht um Vergangenheitsbewältigung. Es geht in der Tat um die Zukunft. Da stehen auf dem Arbeitsmarkt große Herausforderungen an. Niemand kann sich mit über zwei Millionen Arbeitslosen zufriedengeben. Darüber geht doch niemand zur Tagesordnung über.

Notwendig ist jetzt auch eine große Anstrengung zur Qualifizierung. Die Hälfte der Arbeitslosen sind sogenannte Ungelernte. Wenn die Hoffnung, wenn der Fortschritt unserer Wirtschaft in Modernisierung besteht, dann kann das nicht nur Modernisierung von Maschinen bedeuten, sondern auch Qualifizierung von Arbeitnehmern; denn sonst stehen die Ausstattungen leer.

Wir möchten eine Verbesserung der Beschäftigtenstatistik; denn in der Tat sagt die Arbeitslosenstatistik noch nicht alles über die Bewegung am Arbeitsmarkt aus. In diesem Jahr treten allein 120 000 junge Leute mehr auf den Arbeitsmarkt, als ältere ausscheiden. Da brauchen wir schon 120 000 Arbeitsplätze mehr, nur um den Stillstand in der Arbeitslosenstatistik zu erreichen. 70 000 Frauen kommen mehr auf den Arbeitsmarkt als in früheren Jahren. Wir brauchen schon 200 000 mehr Arbeitsplätze, nur um in der Arbeitslosenstatistik Stillstand herzustellen. Sie sehen, daß die Beschäftigtenstatistik für den Arbeitsmarkt und seine Vorgänge aussagekräftiger ist als eine Arbeitslosenstatistik.

Zum Thema Arbeitskampfrecht

Ein sehr wichtiges und auch in der heutigen Debatte schon eingeführtes Thema ist das Arbeitskampfrecht. Ich möchte hier für die Bundesregierung klarstellen, daß die Bundesregierung nicht beabsichtigt, das gesamte Arbeitskampfrecht zu kodifizieren. Das Arbeitskampfrecht ist ein Friedensrecht, und es erfüllt seine Friedensfunktion nur, wenn sich die Kontrahenten auf Spielregeln einigen. Im Widerstreit der Interessen müssen die Regeln klargestellt sein.

Es kann nicht der eine Freestyle und der andere griechisch-römisch ringen. Wenn diese Friedensfunktion erhalten bleiben soll, ist es die erste Aufgabe der Partner selber, einen solchen Verhaltenskodex zu finden. Im übrigen beginnen sie nicht bei Null. Schlichtungsabkommen sind nichts anderes als ein Verhaltenskodex für das Arbeitskampfrecht.

Die wichtigste Frage, die allerdings in der Diskussion steht und bleibt, ist die Frage, wie die Neutralität des Staates im Arbeitskampf gesichert werden kann. Denn zu den ungeschriebenen Gesetzen des Arbeitskampfrechts gehört die Kampfparität, das Gleichgewicht der Kräfte. Deshalb gehört zu den konstitutionellen Merkmalen einer solchen Tarifautonomie, daß sich der Staat nicht mit seinen Finanzmitteln auf die Seite eines der Partner schlagen darf. Die Frage ist, wie diese Parität zu sichern ist. Die Arbeitgeber sehen Handlungszwang des Gesetzgebers, die Gewerkschaften verneinen jeden Handlungsbedarf. Die Bundesregierung appelliert an beide, daß dies nicht das letzte Wort sein kann, daß versucht werden muß, Brücken zu schlagen. Wir wollen den Tarifpartnern die Vorfahrt lassen, und wir wollen die Chance, daß beide darüber nachdenken, nicht durch Schnellschüsse beenden.

Bundshaushalt 1986

Einnahmen 263,9 Milliarden DM

Entwurf

Ausgaben 263,9 Milliarden DM



Gute Nachrichten für die Rentner: Einnahmen der Rentenversicherung höher als erwartet

Nun nochmals zur Rentenpolitik. Da habe ich zwei gute Nachrichten. Die erste gute Nachricht: Im ersten Halbjahr 1985 sind die Einnahmen der Rentenversicherung höher als erwartet. Sie liegen im ersten Halbjahr 1985 um 4,5% über unseren Erwartungen. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie vor einem halben Jahr geschrien haben wegen Mindereinnahmen, dann müssen Sie jetzt, finde ich, aus Paritätsgründen jubeln, weil wir Mehreinnahmen haben. Der Kollege Quartier, stellvertretender Vorsitzender der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, hat am 4. September zu den Beiträgen gesagt:

Die Beiträge fließen besser als erwartet. Wir haben keine Schwierigkeiten, die Rente aus eigenen Mitteln zu zahlen. Wenn es keinen wirtschaftlichen Einbruch gibt, brauchen wir bis 1990 keine Beitragserhöhung.

Der Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger hat das gestern bestätigt. Was soll es also — so frage ich Sie —, wenn der sozialdemokratische Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen davon spricht, daß die Rentenversicherung vor der Pleite stünde? Was soll denn eigentlich diese Verunsicherung der Rentner?

■ VEREINIGUNGEN

Mittelstand und CDA trafen sich in Königswinter

Die geschäftsführenden Vorstände der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) unter Leitung ihrer Vorsitzenden Gerhard Zeitel und Norbert Blüm, kamen in Königswinter zu einem Gespräch über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen zusammen. Beide Seiten sprachen sich für eine noch intensive Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Mittelstand, vor allem zur Erhaltung und Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze, aus.

CDA und MIT sind sich darin einig, daß bei einer zukünftigen Steuertarifreform eine Senkung des Spitzensteuersatzes nicht in Betracht kommt. Sie sprechen sich dafür aus, daß arbeitsschaffende Investitionen steuerlich bessergestellt werden müssen als dies bisher der Fall ist. Einigkeit bestand auch in der Notwendigkeit der Anhebung der Grundfreibeträge. Zur Konkretisierung ihrer Vorstellungen im Steuerbereich werden beide Vereinigungen eine gemeinsame Kommission bilden. Zum Problem der zunehmenden Konzentration im Einzelhandel fordern beide Seiten den Gesetzgeber zu einer Änderung des Wettbewerbsrechts noch in dieser Legislaturperiode auf. Ohne Chancengleichheit beim Wettbewerb ist eine leistungsfähige, soziale Marktordnung nicht denkbar.

CDA und MIT appellieren an Arbeitnehmer und mittelständische Betriebe, wo immer möglich, Überstunden weiter abzubauen, um aus vorhandener Mehrarbeit auch mehr Beschäftigung zu machen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz ist hierzu ein hilfreiches Instrumentarium.

■ ARBEITSMARKT

Weniger Arbeitslose – mehr Beschäftigte

Die Arbeitsmarktentwicklung im August dieses Jahres verlief unter Berücksichtigung der erfreulich geringen Kurzarbeit günstiger als in zurückliegenden Jahren. Erstmals in diesem Jahr ist die Arbeitslosenquote nicht höher als ein Jahr zuvor, obwohl die Arbeitsmarktentwicklung noch durch die späten Schulferien in Baden-Württemberg und Bayern negativ belastet ist.

Der nach wie vor hohe Stand der Arbeitslosigkeit bleibt bedrückend; unverkennbar läßt aber die Gesamtpalette aller Einzelentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt Hoffnungen zu, daß in den noch bevorstehenden Monaten dieses Jahres die Arbeitslosigkeit niedriger liegen wird als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, stellt Haimo George, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

- Die Zahl der Beschäftigten ist spürbar höher als ein Jahr zuvor.
- Bei Berücksichtigung der sehr starken Rückgänge bei der Kurzarbeit schon im Verlauf des gesamten Jahres 1985 war das Ausmaß der Unterbeschäftigung bereits in den ersten acht Monaten des Jahres 1985 erheblich geringer als in den zurückliegenden Jahren 1984 und 1983.
- Die insgesamt positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt schlägt in der „Optik“ nur deswegen noch nicht durch, weil in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten durch Schulabgänger und durch höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen wesentlich stärker angestiegen ist als die Zahl der Arbeitsplätze.

■ AKTUELLE STUNDE

Alfred Dregger zum Bülow-Papier: Die SPD verkennt die Wirklichkeit

In der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 11. September 1985 zum Thema „Aktuelle sicherheitspolitische Vorschläge der SPD“ erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Das Militärpapier der SPD, formuliert durch den Herrn von Bülow — ich möchte es nicht „Sicherheitspapier“ nennen, dann müßte ich schon von „Unsicherheitspapier“ reden —, betrifft in gravierender Weise die Sicherheit Deutschlands und Europas und die Einschätzung unseres Landes in Ost und West. Deshalb müssen wir es schon heute einer ersten kritischen Stellungnahme unterziehen.

Dieses Militärpapier verkennt die Wirklichkeit. Es denkt nur militärisch, und das noch falsch. Wer wie die SPD die Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion anstrebt, beendet die Sicherheitspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Beides gleichzeitig geht nicht.

Es wäre Größenwahn, wenn wir glaubten, als Mittelmacht Sicherheitspartnerschaft mit beiden Seiten begründen zu können. Oder gar durch uns und mit uns beide Seiten zwingen zu können, mittelbar zu Sicherheitspartnern zu werden.

Meine Damen und Herren von der SPD, **erste Empfehlung** an Sie: Verzichten Sie auf Größenwahn. Kehren Sie auf den Teppich zurück. Überfordern Sie nicht unser Land, das in den letzten fünfzig Jahren so häufig überfordert worden ist.

Zweite Empfehlung: Erkennen Sie, daß

sich der freie Teil Europas gegen die eine Weltmacht, die Sowjetunion, nur mit Hilfe der anderen Weltmacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, schützen kann.

❶ Dafür gibt es neben politischen drei militärische Gründe. Der europäischen Verteidigung fehlt es ohne die USA an der erforderlichen strategischen Tiefe. Ein Blick auf die Karte genügt. Die Sowjetunion steht nicht mehr jenseits des Bugs, sondern seit 1945 diesseits der Elbe.

❷ Auf unsere Seeverbindungen sind wir existentiell angewiesen. Ohne die USA sind wir außerstande, diese Seeverbindungen zu schützen.

❸ In Europa gibt es kein militärisches Gleichgewicht. Wir können es nicht schaffen, es sei denn, wir wären bereit, das freie Europa in einen Militärstaat zu verwandeln.

Das wollen Sie nicht, und das wollen wir nicht. Das heißt, daß das Gleichgewicht nur mit Hilfe des militärischen Potentials der Weltmacht USA hergestellt werden kann.

Schlußfolgerung: Wir sind auf ein enges Bündnis mit den USA, wir sind auf eine intakte NATO angewiesen. Der gegenwärtige Zustand Deutschlands und Europas ist gewiß unbefriedigend. Wir können ihn aber nicht dadurch überwinden, daß wir diesen Zustand nun noch rechtlich zementieren, wie Sie es versuchen. Wir können ihn nicht dadurch überwinden, daß wir die Bundeswehr schwächen. Und wir können ihn nicht dadurch überwinden, daß wir uns von unserer Schutzmacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, abwenden.

■ SPD

Kopfschütteln über Ben Wisch

Hans-Jürgen Wischnewski, gewesener Schatzmeister der SPD und Mitglied des Präsidiums, hat seine Partei vor den Kopf gestoßen... Kann man über die genannten inhaltlichen Gründe für diesen in der Geschichte der SPD außergewöhnlichen Schritt noch unterschiedlicher Meinung sein, so können Zeitpunkt und Form des Rücktritts nur noch Kopfschütteln hervorrufen. An einem Tag, an dem sich die SPD — gestärkt durch die Umfrageergebnisse, die am Abend vorher bekannt wurden — mit einem angeschlagenen

Wie es die SPD selbst sieht

Regierungslager in eine neue Runde der parlamentarischen Auseinandersetzung begeben muß, hat Wischnewski mit seinem Schritt dem Angriff der Opposition die Spitze abgebrochen. Daß sich Ben Wisch zu persönlichen Angriffen auf den Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat hinreißen lassen, widerspricht sicher seinem Wunsch, mit seinem Schritt der Partei zu helfen. Daß Ben Wisch auch seinen Vorsitzenden düpierte, indem er seinen Rücktritt öffentlich und en détail bekanntmachte, ohne mit Willy Brandt vorher darüber zu sprechen, ist ein Stil, der in der SPD nicht Schule machen sollte; vielleicht auch nur eine Kurzschlußhandlung, die man dem Menschen Hans-Jürgen Wischnewski nicht zu lange nachfragen sollte.

(Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 3. September 1985, partei-offiziöser Presse-dienst der SPD)

Schallende Ohrfeige für Vogel

Mit seinem spektakulären Abgang erhofft sich Wischnewski ein Signal zur Sparsamkeit, das auch in den Parteiprovinzen gehört werden soll. Für Rücktritte kann man sich den geeigneten Zeitpunkt nicht aussuchen; es ist also ziemlich albern, daß jetzt Wischnewskis Genossen maulen, der Schatzmeister habe ihnen die Petersilie verhagelt. Die schallende Ohrfeige für Vogel bedeutet allerdings mehr als nur eine plötzliche Verstimmung: Hier zeigen sich einfach unüberbrückbare Animositäten. Hier geht ein enger Mitstreiter Schmidts, der letzte nämlich, von der Brücke; das mag ohne Belang sein für die Rücktrittsbegründung, ohne Symbolik ist es jedenfalls nicht.

ARD

Alarmsignal für die Opposition

Mit dem Rücktritt von Wischnewski ist auch für eine breite Öffentlichkeit klar geworden, daß die große Oppositionspartei nicht allein mit der Berufung eines strahlenden Kanzlerkandidaten in Form gebracht werden kann. Es wird deutlich, daß die Opposition von den Fehlern der Regierung zwar vorübergehend profitieren, aber auf Dauer nicht politisch leben kann. Nach Form und Begründung ist Wischnewskis Abtreten in dieser Hinsicht ein Alarmsignal.

ZDF

SPD vom Wandel eingeholt

Seiner Partei hat Wischnewski geschadet, weil — völlig überflüssig — ein undetaillierter pauschaler Kassensturz offenbart wird, der faktisch auf einen politischen Konkursantrag hinauslaufen müßte. So weit ist es nun nicht.

Nach offenbar nicht mehr zu kittenden persönlichen Auseinandersetzungen mit Vogel und der Einsicht, mit seinem Konzept nicht überall auf Gegenliebe gestoßen zu sein — auf diese, gelinde gesagt, merkwürdige Art und Weise das Handtuch zu werfen —, das ist eines Sozialdemokraten unwürdig. Jedoch viel peinlicher für die SPD ist, daß die Wischnewski-Allüre zur Unzeit kommt. Gerade jetzt schwimmt

die SPD auf einer Woge der Zustimmung. Gemeinsam mit Rau gäben Brandt und Vogel ein Triumvirat, mit dem die SPD schon wieder auf die Rückgewinnung der Macht am Rhein hoffen könnte. Da muß natürlich das Aus-der-Reihe-Hüpfen von Wischnewski besonders schmerzen.

Jetzt holt die Partei ihr Wandel ein, und darauf scheint sie weniger gut vorbereitet zu sein als auf die nächste Wahl. **NDR**

Aufwärtstrend gestört

Wischnewski hat sich auf ungewöhnliche Art aus der Partei abgemeldet. Spitzenfunktionen wird es wohl keine mehr für ihn geben. In der SPD wurde Harmonie und Aufwärtstrend gestört. **DLF**

Tiefes Zerwürfnis

Mit dem Rücktritt von Wischnewski verläßt einer der engsten Mitstreiter von Altbundeskanzler Schmidt die SPD-Parteiführung. Zeitpunkt und Form sprechen für ein tiefes Zerwürfnis. Wie gerne hätte doch die SPD die Bundesregierung im Bundestag wegen der Spionageaffäre vorgeführt, doch unversehens stand sie nun plötzlich

im Rampenlicht. Wichtiges Signal für viele Beobachter auch: Nur einer wurde in dem Rücktrittsbrief persönlich kritisiert, nämlich SPD-Fraktionschef Vogel. **ZDF**

Schmidt-SPD endgültig Vergangenheit

Wischnewskis Abgang ist sicher ein weiteres Zeichen dafür, daß die Schmidt-SPD endgültig ein Kapitel der Vergangenheit darstellt, ohne daß man genau weiß, wohin die neue SPD marschiert und was sie darstellt. Nur: Der unmittelbare Effekt dieses lautstarken Abgangs ist der, daß Vogels Aktien für die Kanzlerkandidatur gewiß nicht weiter gestiegen sind und daß das alte Image der sozialdemokratischen Selbstzerfleischung neu belebt worden ist. Insofern hat Wischnewski seiner Partei einen Bären Dienst erwiesen.

Indem Wischnewski beim Sanierungswerk im eigenen Haus alleingelassen wurde, muß sich die SPD wieder einmal dem Vorwurf stellen, nicht solide genug mit Finanzen umzugehen. Der Rücktritt Wischnewskis trifft die SPD somit schwerer, als die ersten Reaktionen vermuten lassen. **hr**



DREIER-TREFFEN

Kohl und Blüm bewerten Gespräch positiv

Bundeskanzler Helmut Kohl und Arbeitsminister Norbert Blüm haben ihr sechsständiges Gespräch mit Gewerkschaften und Arbeitgebern positiv beurteilt. Die drei Parteien, die zuletzt vor acht Jahren miteinander beraten hatten, erzielten tendenzielle Übereinstimmung über die Notwendigkeit zur Qualifizierung von Arbeitslosen und zum Abbau von Überstunden. Blüm sprach von „einem guten Beginn“.

Die Bundesregierung lehnte den Wunsch des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nach zusätzlichen öffentlichen Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ab. Sie sagte aber nach Angaben Blüms zu, Möglichkeiten für den Abbau von Überstunden im öffentlichen Dienst zu prüfen und das Renteneintrittsalter von Bundesbeamten von 63 auf 62 Jahre herabzusetzen. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit der Qualifizierungsfrage und mit der künftigen Sicherung der Altersversorgung befassen sollen.

Blüm erklärte, es sei bei den unterschiedlichen Standpunkten zu Beschäftigungsprogrammen sowie in den Fragen des Arbeitskampfrechts und der Mitbestimmung geblieben. Alle Gesprächsteilnehmer hätten sich jedoch „für eine arbeitsmarktpolitische Offensive“ ausgesprochen. Diese ziele vor allem auf die berufliche Qualifizierung von jüngeren Arbeitslosen, auf die Wiedereingliederung von Arbeitslosen durch Einarbeitungs- und Lohnkostenzuschüsse und für ältere Arbeitslose auf eine Besserstellung beim Arbeitslosengeld

und eine Übergangsregelung bis zum Renteneintritt ab. Dazu sollten die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit verwendet werden.

Blüm sagte weiter, die gemeinsame Arbeitsgruppe werde darüber und auch über die Frage beraten, ob die Überschüsse auch zu einer Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet werden sollen. Eine Koalitionsentscheidung sei für den 16. September geplant. Die Gruppe wolle sich auch mit der Beschäftigungsstatistik befassen, die aktualisiert werden müsse. Der Abbau von Überstunden solle den Tarifparteien überlassen und nicht gesetzlich geregelt werden.

Das Arbeitskampfrecht wolle die Regierung, so Blüm, nicht umfassend kodifizieren, wohl aber die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Streiks sicherstellen. Die Tarifpartner sollten zunächst „ihre Einigungsfähigkeit auch in dieser Frage erproben“, um Regeln für den Arbeitskampf zu vereinbaren. Dies gelte für das Problem der Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Techniken.

Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte, Helmut Kohl habe die weitere Gesprächsbereitschaft im Rahmen der Arbeitsgruppen begrüßt und sehe darin eine Chance für eine Fortsetzung des Dreier-Gesprächs. DGB-Chef Ernst Breit und der Präsident der Arbeitgeberverbände, Arbeitgeberpräsident Otto Esser, lobten ebenso wie Helmut Kohl und Norbert Blüm die Offenheit und Sachlichkeit des Meinungsaustauschs. ■

Apel in Schwierigkeiten

Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und deutlich unterlegener Spitzenkandidat der Sozialdemokraten bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im März dieses Jahres, soll dem Druck der Parteilinken weichen und in dem von ihm seit 1965 gehaltenen Wahlkreis in Hamburg nicht wieder aufgestellt werden.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neue Materialien für Ihre Aktionen

Über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, Telefon (05423) 15227 können Sie folgende Artikel kostenpflichtig bestellen:

Best.- Titel Nr.		Mindest- abnahme	Preis pro Mindestabn.
---------------------	--	---------------------	--------------------------

40 Jahre CDU

0644 Set „40 Jahre CDU“ enthält			
Urkunde mit Mappe und Anstecknadel im Etui	1 Stück	21,—	DM
8681 Rahmenplakat „40 Jahre CDU“	50 Expl.	34,—	DM
9672 Plakat-Set „40 Jahre CDU“	1 Set	20,—	DM
9673 Poster-Set „40 Jahre CDU“	1 Set	20,—	DM

Umwelt – Mit uns für eine lebenswerte Zukunft

1695 Rahmenflugblatt DIN A4	500 Expl.	25,—	DM
2608 Argumentationsfaltblatt: Fünf Thesen zur Umweltpolitik	100 Expl.	10,—	DM
2662 Faltzeitung: Mit uns für eine lebenswerte Zukunft	100 Expl.	19,—	DM
2664 Prospekt: Unsere Luft wird sauberer	50 Expl.	10,—	DM
3670 Handbuch: Umweltaktionen von A — Z	10 Expl.	7,—	DM
5607 Broschüre: Boden und Landschaft	50 Expl.	26,50	DM
8695 Rahmenplakat DIN A1	50 Expl.	20,—	DM

Broschüren, Zeitungen und Prospekte zu weiteren Themen

2678 CDU-Extra — Unser Land ist Spitze	100 Expl.	11,50	DM
3660 Broschüre: Medien von Morgen	1 Expl.	1,10	DM
5679 Broschüre: Mehr Arbeitsplätze durch Innovation	50 Expl.	32,50	DM
5682 Broschüre: Erfolgsbilanz der Sozial- und Gesellschaftspolitik	50 Expl.	27,—	DM
5688 Broschüre: Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition	50 Expl.	24,—	DM
5689 Broschüre: Familienpolitik	50 Expl.	25,—	DM
5694 Broschüre: SPD — Partei ohne wirtschaftspolitische Alternative	50 Expl.	26,50	DM

Des weiteren kann über die CDU-Bundesgeschäftsstelle die

Plakatausstellung „40 Jahre CDU“

(30 Stellwände mit stabiler Steckverbindung in drei Holzboxen)

Komplettpreis pro Ausstellung 750,— DM zzgl. MwSt.
schriftlich und kostenpflichtig angefordert werden.

Die Wandzeitung „40 Jahre CDU“ können Sie bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Solange der Vorrat reicht, schicken wir sie Ihnen kostenlos zu.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Zur Sache:

Gute Nachricht für Mieter

Ab 1986 werden jährlich 920 Millionen Mark mehr Wohngeld an die Mieter gezahlt. Die Regierung Helmut Kohl sorgt für die soziale Absicherung der Mieter und ihrer Familien.

Im einzelnen sieht das so aus:

- ⇒ Die Mietgrenzen, die für die Wohngeldberechnung maßgebend sind, steigen durchschnittlich um 20 Prozent. Ihre Obergrenzen richten sich nach dem örtlichen Mietniveau. Das ist gerechter.
- ⇒ Die Einkommensgrenzen, bis zu denen ein Wohngeld gezahlt werden kann, steigen ebenfalls um 20 Prozent.
- ⇒ Das Zusammenleben von mehreren Generationen in einer Wohnung wird durch entsprechende Freibeträge gefördert.

Das heißt in Mark und Pfennig:

- ⇒ durchschnittlich 42 Mark mehr im Monat für die Wohngeldempfänger.
- ⇒ 60 Mark mehr für eine wohngeldberechtigte Familie mit zwei Kindern.

Das ist soziale Politik für die Bürger.

CDU



sicher
sozial
und frei

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle
Könrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1 - RW 195

Diese Flugblattvorlage ist allen Kreisverbänden zugegangen. Teilen Sie Ihrer Kreisgeschäftsstelle mit, wieviel Exemplare Sie für Ihre Verteilaktion benötigen.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 #. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD